

07. Sep. 2007

zu 1330/J

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0168-III/4a/2007

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Wien, 7. September 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1330/J-NR/2007 betreffend Rahmenzielvereinbarungen zu den Bundesmuseen, die die Abg. Dorothea Schittenhelm, Kolleginnen und Kollegen am 9. Juli 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Rahmenzielvereinbarungen mit den Bundesmuseen sind eine Folge der im Frühsommer begonnenen und jedenfalls bis Jahresende 2007 laufenden breiten Museumsdiskussion. Sie ergeben sich aus der Definition von Zielsetzungen und Aufgaben der Bundesmuseen und können daher frühestens Anfang 2008 abgeschlossen werden.

Zu Frage 2:

Der Fahrplan sieht vor, die im Juli begonnene interne Grundsatzdiskussion bis Ende September abzuschließen. Die nächste, bis ca. 31. Dezember 2007 geplante Phase erfolgt unter Beiziehen auch internationaler Expertinnen und Experten sowie der Bundesmuseen selbst.

Zu Frage 3:

Die „vergleichende Betrachtung der Häuser“ besteht in einer Analyse der derzeitigen Aufgaben und Leitbilder der Bundesmuseen unter besonderer Berücksichtigung von Überschneidungen der Sammlungsgebiete und Tätigkeitsfeldern der einzelnen Häuser. Ebenso gehört dazu die qualitative Würdigung der spezifischen Entstehungs- und Sammlungsgeschichte, sowie der Aufgaben und Möglichkeiten der einzelnen Häuser, die über die in der öffentlichen Diskussion dominierenden Quantitätsfragen wie Besucherinnen- und Besucherzahlen, Budgetzahlen etc. hinausgehen.

Zu Frage 4:

Eine Gruppe bestehend aus leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Sektion, dem Kabinett, internationalen Expertinnen und Experten sowie den Bundesmuseen.

Zu Frage 5:

Der Abschluss der Rahmenzielvereinbarungen dient der Aktualisierung der in den Museumsordnungen verankerten Leitbilder und der besseren Planbarkeit der Arbeit der

Bundesmuseen sowie der vereinfachten Darstellung der im Bundesmuseen-Gesetz 2002 vorgesehenen Vorhabensberichte. Sie stellen keinerlei Eingriff in die Autonomie der Bundesmuseen dar, wie auch Zielvereinbarungen mit Vorständen eines börsennotierten Unternehmens keinen Eingriff in die rechtliche Selbstständigkeit des Unternehmens darstellen.

Zu Frage 6:

Die Kriterien für die Zuteilung der erhöhten Basisabgeltung wurden Anfang September bekanntgegeben.

Zu Frage 7:

Die Bundesmuseen legen auf Grund ihrer gesetzlichen Verpflichtung jährliche Vorhabensberichte. Umfang und Form dieser Berichte sind derzeit unterschiedlich, weil es bisher keine einheitliche Richtlinie für deren Erstellung gibt. Vergleich und Analyse der Arbeitsvorhaben der Bundesmuseen in den kommenden drei Jahren, sowie gegebenenfalls deren inhaltliche Abstimmung sind für die Erarbeitung der Rahmenzielvereinbarungen unumgänglich. Dies entspricht der 2005 im Zuge der Erstellung einer einheitlichen Bilanzierungsrichtlinie oder des Benchmarkings festgelegten Vorgangsweise.

Zu Frage 8:

Die Evaluierung ist bereits abgeschlossen.

Zu Frage 9:

An Bauvorhaben der einzelnen Bundesmuseen nach § 5 bzw. der ÖNB nach § 15 des Bundesmuseen-Gesetzes 2002 sind derzeit die nachstehenden vorgemerkt bzw. geplant:

- Albertina:
  - Tiefspeicher – 900.000 € in 2007 (abgeschlossen).
  - Umbau/Erweiterung Kahn Galleries – 1 Mio. € in 2008 (zugesagt).
  
- Österreichische Galerie Belvedere:
  - Umbau Unteres Belvedere, Orangerie und Prunkstall – 2 Mio. € ab 2008 (zugesagt).
  - Sicherheitsinvestitionen – 1,6 Mio. € 2007 und 2008.
  
- KHM:
  - Fertigstellung der Bauarbeiten Museum für Völkerkunde – insgesamt 9,81 Mio. € (zugesagt und größtenteils bereits abgerechnet), davon fallen 3,7 Mio. € 2007 und im Frühjahr 2008 an.
  - Umbauarbeiten zu Wiedereröffnung der Kunstammer – 7,0 Mio. € sind derzeit als Planungsbetrag vorgesehen, Zeitraum und tatsächliche Betragshöhe werden erst nach Vorlage eines Projektplans durch das KHM festgelegt.
  - Sicherheitsinvestitionen – 6,6 Mio. € zwischen 2007 und 2009.
  
- ÖNB:
  - Umbauarbeiten Kartensammlung – 2,1 Mio. €, die sich auf die Jahre 2007, 2008 und 2009 aufteilen.
  - Tiefspeicher – 11,5 Mio. € als vorläufiger Planungsbetrag; die tatsächliche Betragshöhe wird nach Vorlage eines Projektplans durch die ÖNB festgelegt, die Fertigstellung ist bis 2011 vorgesehen.

- Sicherheitsinvestitionen – 2,0 Mio. € 2007 und 2008.
- MAK:
  - Sicherheitsinvestitionen – 0,6 Mio. € 2007 und 2008.
- Technisches Museum:
  - Sicherheitsinvestitionen – 0,2 Mio. € 2008.

Zu Frage 10:

Der monatliche Gratistag an den Bundesmuseen kann nur von diesen selbst umgesetzt werden, da das Ressort keinerlei organisatorische Zuständigkeit hinsichtlich der Arbeit der Bundesmuseen hat. Gemeinsam mit den Bundesmuseen wird im Zuge des Dialogs über die Rahmenzielvereinbarungen auch die bestmögliche Erhebung der nötigen Abgeltung des Gratiseintritts erörtert.

Zu Fragen 11 und 12:

Basierend auf den Besucherinnen- und Besucherzahlen für 2006 (bisher höchster Wert seit der Vollrechtsfähigkeit im Ausmaß von insgesamt 3.719.494 Personen bzw. 2.663.178 zahlenden Personen) ergibt sich ein durchschnittlicher Ersatz für alle Bundesmuseen und ÖNB für 12 Gratistage von 612.895 €. Nachdem jedenfalls davon auszugehen ist, dass sich durch die Gratistage eine Verschiebung zu Gunsten nicht zahlender Besucherinnen und Besucher ergibt, scheint eine Vorsorge von 1 Mio. € für die Abgeltung des Gratiseintritts gerechtfertigt. Die Details dazu sind aber erst unter Berücksichtigung der Ergebnisse der laufenden Museumsdiskussion zu erarbeiten.

Zu Fragen 13 und 14:

Wichtige Ansätze zur kulturellen Partizipation gehen von der sogenannten „Keywork-Arbeit“ aus: Personen aus der gleichen Berufsgruppe oder ähnlicher sozialer Herkunft stellen sich dabei unter Anleitung professioneller Museumspädagoginnen und -pädagogen als „Kulturvermittlerinnen“ bzw. „Kulturvermittler“ zur Verfügung. Seitens des Ressorts wird daher überlegt, die Forcierung derartiger Angebote in den Bundesmuseen bei der Festlegung der Rahmenzielvereinbarungen mit den Bundesmuseen ab dem Jahr 2008 zu berücksichtigen. Im Budget wurde vor allem für die verstärkte Heranführung von Kindern und Jugendlichen an das Kulturangebot vorgesorgt, wie etwa im Rahmen der Wien Aktion.

Die Bundesministerin:

